

E-Mail-Newsletter

29. April 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

heute erhalten Sie unseren 137. Newsletter, wie immer mit Nachrichten aus dem Bundesland, aus Deutschland und Europa sowie Tipps und Terminen:

1. Demnächst Rückführungen von Roma ins Kosovo möglich?

Ein Rundschreiben des niedersächsischen Innenministeriums gibt Anlass zur Befürchtung.

2. Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Save-Me-Kampagnen

Die ersten 13 irakischen Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien sind vor einer Woche in Baden-Württemberg angekommen.

Neuigkeiten der lokalen Save-Me-Kampagnen

3. Kleine Anfrage I: Abschiebungen aus Deutschland im Jahr 2008

Die Bundesregierung hat eine Anfrage der Linken beantwortet. Demnach haben 2008 7.778 Abschiebungen auf dem Luftweg stattgefunden.

4. Kleine Anfrage II: Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge

Bereits im Januar hatte die Linke im Bundestag eine Anfrage zu diesem Thema gestellt und nun, aufgrund der aus ihrer Sicht nur unzureichenden Antworten, noch einmal nachgehakt.

5. Online-Unterschriftenaktion: Für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte!

Damit sollen die KandidatInnen der Bundestags- und Europawahl dazu aufgefordert werden, sich für den Flüchtlingsschutz einzusetzen.

6. Anhörung über Lagerunterbringung der Flüchtlinge im bayerischen Landtag

Die Anhörung hat am 23.04. mit zahlreichen Sachverständigen stattgefunden, die eine Bestandsaufnahme durchgeführt und Alternativen aufgezeigt haben. Das Thema erreichte in diesem Zusammenhang am selben Tag auch die bundesweite Öffentlichkeit: Die ARD-Tagesthemen zeigten in einem ausführlichen Bericht ein angeblich besonders schlimmes Beispiel der Unterbringung aus Würzburg.

7. Irak: Petition gegen Rückübernahmeabkommen, Abschiebung und Entrechtung von irakischen Flüchtlingen

Europaweiter Aufruf der International Federation of Iraqi Refugees

8. Dublin II: Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Guterres in Italien

"Flüchtlinge nicht nach Athen zurückschicken, wo es keine Garantie gibt, dass Menschenrechte eingehalten werden."

9. Fortress Europe: Mindestens 316 Todesopfer im März 2009 entlang der europäischen Außengrenzen

Seit 1988 sind mindestens 13.747 Personen an den europäischen Grenzen gestorben!

10. Cap-Anamur-Prozess in Agrigento: Staatsanwalt fordert vier Jahre Haft für Bierdel und Schmidt

Außerdem sollen beide hohe Geldstrafen bezahlen

11. Refunite.org: Internetportal soll Flüchtlinge bei der Suche nach Angehörigen unterstützen

Vermisste Flüchtlinge, die dort registriert sind, können direkt angeschrieben werden.

12. Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes: Bezug von Sozialhilfe als Einbürgerungshindernis

13. EuGH zum subsidiären Schutz

Bei Bürgerkriegsflüchtlingen muss nicht geprüft werden, ob die Person, die sich auf den subsidiären Schutz beruft, in besonderer individueller Weise von dem Krieg betroffen ist.

14. Roma-kosovoinfo: Neue Einträge

15. Lesetipps

16. Termine

Mit herzlichem Gruß

Ihr Reiner Klass

1. Demnächst Rückführungen von Roma ins Kosovo?

Info vom FR Niedersachsen: Bereits seit einigen Tagen existiert in Niedersachsen ein [Erlass des niedersächsischen Innenministeriums](#), wonach die kosovarische Seite sich in Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen bereiterklärt hat, zukünftig Abschiebungsversuchen für alle Personen mit vermuteter kosovarischer Herkunft unabhängig von ihrer Volkszugehörigkeit und ohne das Vorliegen weiterer Voraussetzungen zu prüfen.

Auf Nachfrage erklärte das niedersächsische Innenministerium, die kosovarische Seite habe darum gebeten, die Abschiebungszahlen nicht zu erhöhen, das heißt nicht mehr Flüchtlinge abzuschicken als im Durchschnitt der letzten Jahre (Im Jahr 2008 gab es in Niedersachsen 274 Abschiebungen in den Kosovo). Man werde sich im Gespräch mit dem BMI und den übrigen Bundesländern auf konkrete Regelungen für eine bundeseinheitliche Umsetzung einigen.

Eine Nachfrage in Nordrhein-Westfalen ergab, dass eine Aufforderung an die Ausländerbehörden, nunmehr auch Roma und andere ethnische Minderheiten ohne weitere Bedingungen abzuschicken, vorerst nicht erfolgen wird.

2. Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Save-Me-Kampagnen

In Baden-Württemberg sind vor einer Woche die ersten Flüchtlinge, die von Amman zunächst ins Grenzdurchgangslager Friedland gekommen waren, aufgenommen worden. Die Flüchtlinge wurden zunächst in den Landkreisen Böblingen und Reutlingen sowie der Stadt Stuttgart untergebracht.

Insgesamt hat Deutschland sich bereit erklärt, 2.500 besonders schutzbedürftige Personen aufzunehmen, die zunächst in Syrien und Jordanien Zuflucht gesucht hatten. Dabei handelt es sich vorwiegend um Angehörige religiöser Minderheiten, in erster Linie christlichen Glaubens, die im Irak unter besonderem Verfolgungsdruck stehen sowie um alleinstehende Frauen mit Kindern und um Personen, die besonderer medizinischer Hilfe bedürfen.

Neuigkeiten der lokalen Save-Me-Kampagnen

www.save-me-tuebingen.de:

Am 27.04. hat der Tübinger Gemeinderat mit 27 Ja-Stimmen gegen sieben bzw. vier Enthaltungen (Punkt 1 und 2 des Antrags) einem [interfraktionellen Antrag](#) von AL/Grüne, SPD und Tübinger Linke zur Unterstützung der Forderungen der Save-Me-Kampagne zugestimmt. Damit ist Tübingen die vierte Stadt in Deutschland, die einem derartigen Antrag zugestimmt hat. Der Beschluss hat den Charakter einer

Resolution. Konkrete bzw. verbindlichere Aussagen, wie sie auch von der lokalen Save-Me-Kampagne vorgeschlagen worden waren, sind in den Antrag nicht aufgenommen worden, um den GemeinderätInnen die Zustimmung nicht zu erschweren.

www.save-me-ulm.de:

Die Kampagne SAVE-ME ist am 1. Mai als Partner der Initiative "[Ulm gegen Rechts](#)" auch auf dem Münsterplatz mit einem Infostand des Flüchtlingsrats vertreten.

3. Kleine Anfrage I: Abschiebungen aus Deutschland im Jahr 2008

(vgl. [Bundestagsdrucksache 16/12568](#))

Insgesamt fanden **7.778 Abschiebungen auf dem Luftweg** statt, **3.125 davon "begleitet"**. Knapp die Hälfte der Abschiebungen (3.729) erfolgte über Frankfurt am Main. Zusätzlich gab es 1.894 Zurückschiebungen und 3.103 Zurückweisungen auf dem Luftweg. An den Landgrenzen gab es 7.848 Zurückschiebungen bzw. -weisungen, an den Seegrenzen 134.

Gescheiterte Abschiebungen: 377

davon

wegen Widerstandes der Betroffenen: 220

aus medizinischen Gründen: 53

wegen Weigerung der Flugkapitäne: 76

wegen Weigerung des Zielstaates, die Betroffenen aufzunehmen: 28

Zielländer (Auswahl):

Türkei	807
Vietnam	754
Serbien	499
Italien	376
Kosovo	274
Nigeria	258
Albanien	200
Marokko	186
Armenien	183
Rumänien	179
Algerien	175
Russische Föderation	174
Mazedonien	171
Griechenland	160
Frankreich	158
Bosnien-Herzegowina	150
Schweden	149
Georgien	112
Indien	107

China	64
Syrien	43
Togo	41
Irak	33
Iran	31
Afghanistan	27
Sri Lanka	6

gez. Timmo Scherenberg
Hessischer Flüchtlingsrat

4. Kleine Anfrage II: Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge

Bereits im Januar hatte die Linke im Bundestag eine Anfrage zu diesem Thema gestellt und nun, aufgrund der aus ihrer Sicht nur unzureichenden Antworten, noch einmal nachgehakt. Besonders die Antworten zur Dauer der Widerrufsverfahren waren nach Meinung der Linken unbefriedigend. Auch sind Zahlen zu anhängigen Widerrufsverfahren und zur Erfolgsquote bei Klagen gegen Widerrufsbescheide des BAMF im Jahr 2008 aufgeführt: Demnach ist rund ein Drittel der Klagen gegen Widerrufsbescheide erfolgreich. Die Bundesregierung beabsichtigt auf absehbare Zeit - erwartungsgemäß - nicht, von der Praxis der Regelüberprüfung eines Widerrufs nach drei Jahren abzusehen.

[Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken: Drucksache 16/12377.](#)

5. Online-Unterschriftenaktion: Für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte!

Ein breites Bündnis an NGOs, Menschenrechts-, Flüchtlings- und MigrantInnenverbänden startet "STIMMEN! Für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte", die Kampagne zur Stärkung der Rechte von Flüchtlingen und Papierlosen im "Doppelwahljahr 2009".

Den Auftakt der Kampagne bildet das Aktionsbündnis Hier Geblieben! aus "Jugendliche ohne Grenzen", einer Gruppe in Deutschland lebender jugendlicher Flüchtlinge, gemeinsam mit GEW, Flüchtlingsrat Berlin, PRO ASYL und GRIPS Theater. Sie haben "Koalitionsaussagen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte" an die KandidatInnen zur Europawahl mit der Aufforderung zur Unterzeichnung versendet. Die Koalitionsaussage und alle Antworten werden auf www.stimmen09.de, der Kampagnenwebseite, veröffentlicht.

Gleichzeitig startet auf www.stimmen09.de eine Online-Unterschriftenaktion mit der die KandidatInnen dazu aufgefordert werden, die Koalitionsaussagen zu unterzeichnen und umzusetzen. So soll deutlich werden, dass hinter dem Bündnis eine Vielzahl an Menschen und auch WählerInnen steht.

Weiterhin werden den KandidatInnen von der internationalen Liga für Menschenrechte, Flüchtlingsräten und Asyl in der Kirche Fragen zu Brennpunkten der Migrations- und Flüchtlingspolitik zugesandt. So sollen verbindliche Aussagen der KandidatInnen auf www.stimmen09.de veröffentlicht werden können.

Interkultureller Rat, Pro Asyl und DGB haben zum Wahljahr 2009 ein Positionspapier erstellt, in dem sie sich klar gegen Abschottung und Ausgrenzung wenden: "Prioritäten für die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik". Es steht auf www.stimmen09.de zum Download zur Verfügung.

Mehr Infos unter Jens-Uwe Thomas (Flüchtlingsrat Berlin) 030 243445762 und Mohammed Jouni (Jugendliche ohne Grenzen): 0175 5120470.

6. Anhörung über Lagerunterbringung der Flüchtlinge im bayerischen Landtag

Die Anhörung hat am 23.04. mit zahlreichen Sachverständigen stattgefunden, die eine Bestandsaufnahme durchgeführt und Alternativen aufgezeigt haben. In der Vergangenheit waren alle Initiativen zur

Verbesserung der Situation der betroffenen Flüchtlinge an der absoluten Mehrheit der CSU gescheitert. Doch mit dem Eintritt der FDP in die Regierung 2008 hat sich die Situation deutlich verändert. Bereits in einer Protokollnotiz zum Koalitionsvertrag legten CSU und FDP fest: "Wir werden prüfen, ob für geduldete Ausländer weiterhin Gemeinschaftsunterkünfte notwendig sind". In der ersten Plenardebatte des neu gewählten Landtags am 03.12.2008 entschieden die Abgeordneten auf einen Dringlichkeitsantrag der Grünen einstimmig, zwei Münchner Flüchtlingslager in Containerbauweise aufgrund der untragbaren, menschenunwürdigen Zustände zu schließen.

Nachdem der bayerische Landtag sich mit dem Thema befasst hatte, erreichte es am vergangenen Donnerstag auch die bundesweite Öffentlichkeit: Die ARD-Tagesthemen zeigten in einem [ausführlichen Bericht](#) ein angeblich besonders schlimmes Beispiel der Unterbringung aus Würzburg. Im daran anschließenden [Interview mit der bayerischen Sozialministerin](#) Haderthauer sprach sich diese ausdrücklich dafür aus, die Zustände verbessern zu wollen.

7. Irak: Petition gegen Rückübernahmeabkommen, Abschiebung und Entrechtung von irakischen Flüchtlingen

Die [International Federation of Iraqi Refugees \(IFIR\)](#) hat einen europaweiten Aufruf gegen Rückübernahmeabkommen, Abschiebungen und Entrechtung von irakischen Flüchtlingen in den europäischen Länder gestartet. Der Bayerische Flüchtlingsrat bittet die [Petition](#) zu unterzeichnen und an rebwar.arif@hotmail.com zu schicken. Zwar sind bis Oktober diesen Jahres keine Abschiebungen im großen Stil geplant, ein Rückübernahmeabkommen mit dem Nordirak besteht jedoch bereits und langfristig könnte es viele (insbesondere der kurdischen Nordiraker) treffen.

8. Dublin II: Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Guterres in Italien

Der UNO-Kommissar trifft Maroni: Rettet die Menschenleben

Innenminister Maroni: "Wir schicken keinen zurück!"

FEDERICA FANTOZZI, l'Unità

Reza, 21 Jahre hat Afghanistan dank der Hilfe seiner Familie verlassen können, die für ihn alles verkauft hat. Für Said, 23 Jahre alt, arbeitete die Mutter so lange gratis, bis sie die Schulden beglichen hatte: alles, nur um zu verhindern, dass der Junge das gleiche schlimme Schicksal nimmt wie der Vater. Es geht hier nicht um Kleingeld: eine Fahrt der Hoffnung -- oder der Verzweiflung -- kostet 5.000 Euro bis in die Türkei, weitere 2-3.000 Euro, um nach Griechenland zu gelangen. Wo die Menschenrechten der jungen Flüchtlinge mit dem Feigenblatt der europäischen Richtlinien mit Füßen getreten werden: Gefängnis, Verhöre, Schläge. Der Hohe Flüchtlingskommissar, Antonio Guterres, untersucht nun diese Vorkommnisse und hat gestern in Rom die Innen- und Außenminister Maroni und Frattini getroffen. Er war auch im Centro Astalli ein Dutzend junge Afghanen getroffen, um sich ihre Geschichten erzählen zu lassen.

Am Ende dieses Treffens haben ihm die Jugendlichen Erzählungen mit ihren Geschichten und Reiseerfahrungen übergeben. Und Guterres hat versprochen, es den Regierenden in Rom vorzulegen, er bat Maroni, "die Dublin II Verordnung nicht anzuwenden, die vorschreibt, dass das erste EU-Land, das betreten wird, für das Asylverfahren zuständig ist, und das ist in diesem Fall Griechenland. Das heißt, die Asylsuchenden nicht nach Athen zurückzuschicken, wo es keine Garantien auf die Einhaltung der Menschenrechte gibt." Laut der Sprecherin des UNHCR in Italien, Laura Boldrini, will die italienische Regierung nun keine Minderjährigen mehr nach Griechenland zurück schicken. Guterres hat die Asylanerkennungspraxis in Italien gelobt und hofft, dass Italien die Seenotrettung fortsetzt. Pater La Manna, Leiter des Zentrums Astalli, der den MigrantInnen jeden Tag 400 warme Mahlzeiten bietet, insistiert, dass die griechischen Behörden sehr verbissen seien und das habe den Hochkommissar sofort dazu veranlasst, die EU aufzufordern, keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland zu schicken. Der Jesuit setzt jedoch nicht darauf, dass Italien aus Menschlichkeit aufnehmen müsse und spielt damit auf die "PINAR E" Geschichte an, dem türkischen Frachter: "Das sind keine Pakete, man muss sie in Sicherheit bringen. Sie haben das Recht auf menschenwürdigen Empfang und nicht auf ein solches Hin und Her der Politik." Pater La Manna zählt

die nicht funktionierenden Dinge des "italienischen Systems" auf: es gibt kein ordentliches Asylrecht, es gab in 2008 nur 3000 Aufnahmeplätze für 31.000 Asylsuchende, die Flüchtlingen finden kaum ein Dach über dem Kopf, Arbeits- oder Ausbildungsplätze fehlen."

So auch das Bild, das Sayed schildert: "In Griechenland werden die Flüchtlinge gefoltert und für Monate eingesperrt, wenn sie illegal sind. Sie versuchen, nach Italien zu gelangen und riskieren ihr Leben zwischen den Rädern der Lastwagen. Hier aber geht es nicht viel besser zu: Sie leben in einem italienischen Aufnahmelager bis sie ihre Dokumente erhalten. Dann aber fällt es schwer sich zu integrieren und sie müssen auf der Straße leben." Sie haben keine Sozialversicherungsnummer [in Italien eine Steuernummer, Anm. d. Übersetzerin], keine Krankenversicherung, ergänzt Pater La Manna: "Sie werden geparkt, frustriert in der Hoffnung, hier Fuß zu fassen."

(aus dem Ital. von Judith Gleitze)

Quelle: L'Unità, 24.04.09

9. Fortress Europe: Mindestens 316 Todesopfer im März 2009 entlang der europäischen Außengrenzen

Seit 1988 sind mindestens 13.747 Personen an den europäischen Grenzen gestorben!

Die Zahl der Migrationsopfer entlang der europäischen Außengrenzen im Monat März betrug mindestens 316. Diese Zahl beruht auf Presseberichten und ist noch ungewiss, da die Nachrichten über das letzte Unglück in Libyen noch widersprüchlich sind. Während Reuters libysche Quellen zitiert, die von 100 aufgefundenen Toten und 245 im Meer Vermissten sprechen, erwähnt das IOM - Büro in Tripoli 20 Tote und 210 Vermisste. Abgesehen von den Zahlen ist es eine der schlimmsten Tragödien auf den Migrationssrouten, sie hat dieselbe Tragweite wie der Schiffbruch von Portopalo auf Sizilien, der am 25. Dezember 1996 283 Menschenleben kostete .

Gemäß den Angaben von Fortress Europe haben seit 1994 mindestens 3.163 Migranten und Flüchtlinge das Leben entlang der Route nach Lampedusa und den sizilianischen Küsten verloren. Darüber hinaus ist noch die Verantwortlichkeit der libyschen Küstenwache zu klären, der es bekanntermaßen an einer ausreichenden Anzahl von Schiffen mangelt, um schnelle Rettungseinsätze auf See zu garantieren. So werden denn auch viele der Hilfeinsätze in libyschen Hoheitsgewässern von italienischen Einheiten ausgeführt, wie Beamte der operativen Einsatzzentrale der Küstenwache erklärten. Schon eine Woche vor dem Schiffbruch von Janzur hatte der Kanal von Sizilien 67 Opfer gefordert, als vor der Insel Kerkennah, nahe Sfax in Tunesien, ein Boot auf dem Weg nach Lampedusa auf Grund lief. In diesem Fall hatten die tunesischen Behörden gemäß den Aussagen der 33 Geretteten 17 Leichen geborgen und weitere 50 Personen als vermisst gemeldet.

In Italien selbst wurden im Monat März zwei Tote in adriatischen Häfen verzeichnet. Am 29. März wurde ein Iraker tot in Ancona gefunden, zerquetscht von den Achsen eines Sattelschleppers, unter dem er sich im Hafen von Patras, in Griechenland, verborgen hatte, um auf ein nach Italien fahrendes Fährschiff zu gelangen. Und gleichfalls aus Griechenland kam das Fährschiff Hellenic Master, das am 26. März im Hafen von Venedig eintraf. Im Sattelanhänger eines der Lastwagen an Bord fand man den leblosen Körper eines Asylsuchenden, der von einem Ballen Abfallpapier erdrückt worden war.

Schließlich gab es noch drei Tote in der Meerenge von Gibraltar; und auch in Ceuta, der spanischen Exklave in Marokko, geht das Sterben weiter. Es geschieht in der Nacht zum 7. März: Ein fürchterlicher Tod. Ein junger Subsaharianer verfängt sich in dem doppelten, sechs Meter hohen Metallzaun, der die Grenze der spanischen Stadt umschließt. Und so stirbt er, in dem Drahtgeflecht hängend, aus den beim Klettern davongetragenen Wunden verblutend. Als man ihm endlich zu Hilfe kommt ist es schon zu spät. Aus Algerien erreicht uns schließlich eine, von der nigerianischen Botschaft in Algier verbreitete, Nachricht von 14 während der Saharadurchquerung verdursteten Migranten.

(Quelle: www.fortresseurope.blogspot.com)

10. Cap-Anamur-Prozess in Agrigento: Staatsanwalt fordert vier Jahre Haft für Bierdel und Schmidt

Prozess gegen Cap Anamur-Chefs

Flüchtlingshelfer sollen in Haft

Die Staatsanwaltschaft fordert vier Jahre Haft für die früheren Chefs der Cap Anamur, weil sie bei der Rettung Schiffbrüchiger angeblich finanzielle Interessen gehabt hätten. VON MICHAEL BRAUN
ROM taz | Vier Jahre Haft für Elias Bierdel und Stefan Schmidt, dazu je 400.000 Euro Geldstrafe: Dies ist der Antrag der Staatsanwaltschaft von Agrigent im Prozess um den Rettungseinsatz der "Cap Anamur" im Sommer 2004.

Schmidt, Kapitän des Schiffs, und Bierdel, der damalige Vorsitzende des gleichnamigen Hilfsvereins, hätten sich der gewerbsmäßigen Schleuserei schuldig gemacht, behaupteten die Staatsanwälte in ihrem Plädoyer am Mittwoch.

Die "Cap Anamur" hatte am 20. Juni 2004 37 Afrikaner im Mittelmeer zwischen Malta und der italienischen Insel Lampedusa an Bord genommen. Die Flüchtlinge, die von Libyen die Überfahrt nach Europa angetreten hatten, trieben hilflos in einem lecken Schlauchboot, dessen Motor ausgefallen war.

An die Bergung schloss sich ein tagelanges Tauziehen mit den italienischen Behörden an, die behaupteten, die "Cap Anamur" habe sich zum Zeitpunkt der Rettung näher an Malta befunden und deshalb diese Insel anlaufen müssen.

Das Schiff aber steuerte den sizilianischen Hafen Porto Empedocle an. Es erhielt schließlich die Erlaubnis zum Einlaufen - doch wurden die Flüchtlinge umgehend nach Afrika zurückverfrachtet, ohne ihnen die Chance zu geben, Asylanträge zu stellen. Bierdel, Schmidt und der Erste Offizier Vladimir Daschkewitsch kamen in U-Haft.

Voraussichtlich am 20. Mai soll das Urteil in dem seit Oktober 2006 laufenden Prozess kommen.

Daschkewitsch winkt ein Freispruch, damit würde der Vorwurf der bandenmäßigen Schleuserei - für die es mindestens drei Täter braucht - hinfällig. Nicht aber der Vorwurf, Bierdel und Schmidt hätten finanzielle Interessen verfolgt. Die Staatsanwaltschaft billigte den beiden zwar humanitäre Motive zu, behauptet jedoch, die Rettungsaktion habe auf "Werbung" für den deutschen Hilfsverein gezielt.

Die Staatsanwaltschaft Agrigent nimmt da zwar eine ziemlich gewagte Rechtsauslegung vor, sie befindet sich damit aber völlig auf der Linie der Regierung Berlusconi. Die Rechtskoalition in Rom lässt kaum einen Tag vergehen, ohne zu demonstrieren, wie unerwünscht die Ausländer im Land sind, selbst wenn sie aus humanitären oder politischen Gründen als Flüchtlinge kommen.

Ein passendes Beispiel liefert der Knüppelinsatz von Polizei und Carabinieri am Dienstag in Mailand gegen etwa 300 Eritreer, Äthiopier und Sudanesen. Nicht "illegale Immigranten" waren da im Visier der Sicherheitskräfte, sondern Menschen, die durch die Bank eine Aufenthaltserlaubnis haben und auf die Bescheide in ihren Asylverfahren warten. Sie hatten am Freitag letzter Woche ein leerstehendes Wohngebäude besetzt, da der italienische Staat nicht daran denkt, ihnen Unterkünfte und eine auch noch so bescheidene Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

Die Folge: Die Asylbewerber sind obdachlos und nächtigen gewöhnlich in Parks, Baracken oder Fabrikrüinen. Als sich jetzt die Ostafrikaner, unter ihnen etwa 20 Frauen und zwei Kleinkinder, auf eigene Faust ein Dach über dem Kopf verschafften, folgte die Räumung auf dem Fuße.

Doch die Flüchtlinge reagierten mit heftigen Protesten, die den ganzen Tag andauerten. Zunächst zogen sie zu einer nahe gelegenen Eisenbahnstrecke, dabei skandierten sie: "Wir wollen Frieden, wir wollen Rechte". Am Ende des Polizeieinsatzes waren sieben Verletzte unter den Demonstranten zu bilanzieren. Am Donnerstag blockierten sie dann die Zugänge zur Mailänder Möbel- und Designmesse. Der Protest gegen die in ganz Mailand stattfindenden "Fuori Salone" hielt zahlreiche Touristen und Geschäftsleute von der internationalen Messe fern.

Kein Verständnis für die Proteste hat die von der Rechten regierte Stadt Mailand. Den Frauen und Kindern unter den Flüchtlingen seien schließlich Schlafplätze angeboten worden, erklärten ihre Vertreter, und für ein paar Tage hätten auch etwa 100 Männer in Obdachlosenunterkünften nächtigen dürfen - Asylpolitik auf italienisch.

(Quelle: www.taz.de, Bericht vom 24.04.09)

11. Refunite.org: Internetportal soll Flüchtlinge bei der Suche nach Angehörigen unterstützen

Vermisste Flüchtlinge, die dort registriert sind, können direkt angeschrieben werden.

Die Website www.refunite.org ist seit November 2008 online. In 19 Sprachen können Flüchtlinge nach vermissten Angehörigen suchen. BenutzerInnen der Suchmaschine können selbst entscheiden, welche Informationen sie von sich preisgeben wollen.

67 Millionen Menschen sind nach Schätzungen weltweit auf der Flucht. Das UN-Flüchtlingshilfswerk zählt nur Katastrophen- oder Kriegsflüchtlinge. Das waren 2008 etwa 37 Millionen weltweit. Armuts- oder Hungerflüchtlinge tauchen in den Statistiken hingegen gar nicht auf.

12. Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes: Bezug von Sozialhilfe als Einbürgerungshindernis

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat mit Urteil vom 19. Februar 2009 (BVerwG 5 C 22.08) entschieden, unter welchen Voraussetzungen die Inanspruchnahme von Sozialhilfe (hier: Grundsicherung im Alter nach SGB XII wegen zu geringer Altersrente) der Einbürgerung eines Ausländers nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 StAG) entgegenstehen kann.

Der 1942 geborene Kläger stammt aus dem Kosovo und ist im Dezember 1991 als Asylbewerber in das Bundesgebiet eingereist. Er besitzt seit September 1994 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Nach seiner Einreise war er überwiegend ohne Beschäftigung und bezog für sich und seine Familie mit kurzen Unterbrechungen Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Seit Mai 2007 bezieht er eine geringe Altersrente von 121 € monatlich und ergänzende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Seinen Einbürgerungsantrag lehnte der Beklagte ab, weil der Kläger die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen zu vertreten habe. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen hat den Beklagten zur Erteilung einer Einbürgerungszusicherung verpflichtet, weil der Kläger inzwischen wegen seines Alters oder seines Gesundheitszustandes nicht (mehr) erwerbsverpflichtet und erwerbsfähig sei. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hat die Klage hingegen abgewiesen, da der Kläger über mehrere Jahre aus von ihm zu vertretenden Gründen arbeitslos gewesen sei und es damit versäumt habe, zusätzliche Rentenansprüche für das Alter zu erwerben.

Das Bundesverwaltungsgericht hat das erstinstanzliche Urteil im Ergebnis wiederhergestellt. Es hat ausgeführt, dass die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen ein Einbürgerungshindernis bilden kann. Das ist nicht nur anzunehmen, wenn der Einbürgerungsbewerber die Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen dem Grunde nach zu verantworten hat, sondern auch dann, wenn er - wie der Kläger - einen erhöhten Leistungsbezug zu vertreten hat. Nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs hat der Kläger wegen ihm zurechenbarer Arbeitslosigkeit in den Jahren 1994 bis 1998 geringere Rentenansprüche erworben, als er sich hätte erarbeiten können. Allerdings ist nicht jedes in der Vergangenheit liegende, dem Einbürgerungsbewerber zurechenbare Verhalten einbürgerungsschädlich. Die Zurechnung von Fernwirkungen darf nicht dazu führen, dass der nach einem langjährigen und rechtmäßigen Daueraufenthalt regelmäßig (bei Erfüllung aller weiteren Anforderungen) vorgesehene Einbürgerungsanspruch praktisch leerläuft. Mit Rücksicht darauf hat der Einbürgerungsbewerber erhöhte Sozialhilfeleistungen nur zu vertreten, wenn er bei einer Gesamtbetrachtung aller Umstände mit seinem Verhalten eine wesentliche, prägende Ursache für den Leistungsbezug insgesamt gesetzt hat. Bei einer nur unwesentlichen Erhöhung ist dies nicht der Fall. Der Verantwortungszusammenhang kann auch durch Zeitablauf entfallen. In Anlehnung an die Mindestaufenthaltsdauer in § 10 Abs. 1 StAG hat der Einbürgerungsbewerber für ein ihm zurechenbares und für aktuelle Sozialhilfeleistungen mitursächliches Verhalten nach Ablauf einer Frist von acht Jahren nicht mehr einzustehen. Das war im Zeitpunkt der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs der Fall.

(Quelle: www.migrationsrecht.net)

13. EuGH zum subsidiären Schutz

Am 17. Februar hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein [hilfreiches Urteil für Bürgerkriegsflüchtlinge](#) gefällt. Danach muss bei Bürgerkriegslagen nicht geprüft werden, ob sich die Person, die sich auf den subsidiären Schutz beruft, in besonderer individueller Weise von dem Bürgerkriegskonflikt betroffen ist. Es muss daher zukünftig bei Asylanträgen außer einer individuellen politischen Verfolgung auch geprüft werden, ob in dem Herkunftsland eine *individuelle Bedrohung durch willkürliche Gewalt* besteht. Grundlage

ist Art. 15 c EU-Qualifikationsrichtlinie. Zudem hat der EuGH entschieden, dass *nicht zwangsläufig ein landesweiter Konflikt* vorliegen muss, um einen Anspruch auf subsidiären Schutz zu haben, was bereits in einem Urteil des BVerwG festgestellt wurde. Auf dieser Grundlage können beispielsweise Flüchtlinge aus Bagdad, die bisher nur geduldet sind, Folgeanträge stellen, auch wenn sie keine individuelle Verfolgung nachweisen können. Begründet werden muss aber immer noch, warum keine inländische Fluchtalternative besteht.

14. Roma-kosovoinfo: Neue Einträge

Nachrichten:

5. April 2009

Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo in Belgrad erneut vertrieben

Auf Veranlassung der Stadtverwaltung wurde am Freitagvormittag (3. April 2009) in Belgrad eine Roma-Siedlung gewaltsam geräumt. Durch den Abriss der etwa 50 Häuser wurden insgesamt etwa 250 Menschen, die Hälfte davon Flüchtlinge aus dem Kosovo, obdachlos gemacht. Die darauf folgenden Nächte verbrachten viele der Betroffenen unter freiem Himmel. Auf Vermittlung von internationalen Organisationen sollte einem Teil der Betroffenen am Samstagabend (4. April 2009) einige Container im Vorort Boljevci als Schlafstätten zur Verfügung gestellt werden. Protestierende Anwohner haben dies allerdings verhindert und die Container demoliert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (5. April 2009) ist keine alternative Lösung für eine Unterkunft in Sicht.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=209&Itemid=1

Mittwoch, 1. April 2009

Ombudsmann klagt UN der Menschenrechtsverletzung an

Hilmi Jashari, Ombudsmann von Kosovo, hat in seinem jüngsten Bericht die UN der Menschenrechtsverletzung angeklagt - darunter des Rechts auf Gesundheit und auf Unversehrtheit des Lebens. Opfer sei die zweitgrößte ethnische Minderheit im Kosovo, Roma und Ashkali, die seit Jahren in bleivergifteten Flüchtlingslager in Nord-Mitrovica leben. Jashari hob hervor, dass die Verantwortung für die Verbesserung der katastrophalen Gesundheitssituation in den Lagern nun bei der Kosovo-Regierung liege.

Die Pressemitteilung (engl.): <http://www.ombudspersonkosovo.org/?cid=2,132>

[Vollständiger Bericht](#)

27. März 2009

Europarat: Rückführung von Flüchtlingen kommt Menschenrechtsverletzung gleich

Thomas Hammarberg, Menschenrechtsbeauftragter des Europarats, hat die Absicht westlicher Staaten kritisiert, Flüchtlinge aus dem Kosovo wieder in ihre Heimat abzuschieben. In einer Situation, in der sich der Kosovo mit einer 50-prozentigen Arbeitslosigkeit auseinandersetze, käme dies einer Menschenrechtsverletzung gleich, sagte Hammarberg nach einem Besuch im Kosovo und appellierte an die Regierungen der Aufnahmeländer, Flüchtlinge vorerst nicht zur Rückkehr in den Kosovo zu drängen.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=205&Itemid=1

26. März 2009

NGOs fordern sofortige Evakuierung der bleiverseuchten Roma-Flüchtlingslager in Mitrovica

In einem neuen Hintergrundbericht über die Situation in zwei mit giftigen Schwermetallen verseuchten Flüchtlingslagern in Nord-Mitrovica/Mitrovicë werfen die Gesellschaft für bedrohte Völker International (GfbV) und die Kosovo Medical Emergency Group (KMEG) internationalen und nationalen Behörden skandalöse Untätigkeit vor. Sie fordern eine sofortige Evakuierung der Lager und eine adäquate

medizinische Behandlung der Flüchtlinge.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=207&Itemid=1

Report: <http://www.gfbv.ch/pdf/dossier%20of%20evidence.pdf>

20. März 2009

Ban Ki Moon kritisiert fehlende Bemühungen bei Wiedereingliederung von Flüchtlingen

In seinem jüngsten Bericht an den US-Sicherheitsrat weist UN-Generalsekretär Ban Ki Moon auf zahlreiche Verletzungen der Rechte der ethnischen Minderheiten im Kosovo hin. Auch hätten die Kosovo-Behörden kaum Schritte zur Wiedereingliederung der rückkehrenden Flüchtlinge unternommen. Als Folge seien im vergangenen Jahr lediglich 582 Flüchtlinge in den Kosovo zurückgekehrt, im Jahr zuvor waren es noch 1816. Der Bericht kann hier herunter geladen werden:

<http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/149&Lang=E&Area=UNDOC>

Medienspiegel:

23. März 2009

Dirk Auer: Ich dachte, jetzt ist das Leben zu Ende. Abgeschoben in den Kosovo, SWR2.

Manuskript und Audiofile (25 min):

<http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/leben/-/id=660174/nid=660174/did=4509958/25luy/index.html>

17. März 2009

Vjosa Musliu: Kosovo Debate Focuses on Minorities

A debate on the position of minorities in Kosovo has attracted criticism over the way the country's government is handling minority issues, with parliamentarians accusing the government of largely neglecting non-Serb minority groups.

<http://balkaninsight.com/en/main/news/17420/>

24. Januar 2009

BBC Report - Kosovo Toxic Camps

<http://www.youtube.com/watch?v=plrMEMVu6HQ&feature=Playlist&p=A36E19BACEDA38D5&index=0&playnext=1>

Dokumente:

Society for Threatened People/Kosovo Medical Emergency Group: Dossier of Evidence. Supporting the Call to Take Decisive Action to Implement Immediately an Emergency Evacuation and the Highest Level of Medical Treatment for all Roma, Ashkali and Kosovan-Egyptian Families in the Displaced Persons Camps of North Kosovo.

<http://www.gfbv.ch/pdf/dossier%20of%20evidence.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

roma-kosovoinfo

15. Lesetipps/Infos

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch 2009. Jenseits der Menschenrechte Wer trägt die Verantwortung für die über 200 afrikanischen Migranten, die allein Anfang April diesen Jahres auf dem Weg nach dem "Europa der Menschenrechte" vor der libyschen Küste ertranken? Für die glücklich Geretteten, die nun in europäisch mitfinanzierten libyschen Lagern auf ungewisse Zeit ihrer Deportation harren?

Die europäische Migrationspolitik zielt wesentlich darauf ab, die wirtschaftlich erwünschte von der

unerwünschten zu scheiden. Das führt im Innern der EU zur menschenrechtswidrigen Ausgrenzung der Flüchtlinge in Lager und an den Außengrenzen zur todbringenden Abschottung.

Die Autorinnen und Autoren nehmen u. a. Akteure von Migrationspolitik und -kontrolle in den Blick, zeichnen Linien des Widerständigen und der Solidarisierung mit Migrationsbewegungen nach und reflektieren Aspekte wie Kulturrassismus oder "Ausländerfeindlichkeit".

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 280 S., € 19,90 ISBN 978-3-89691-760-7.
www.grundrechtekomitee.de - "Publikationen"

Beate Selders: Keine Bewegung! Die "Residenzpflicht" für Flüchtlinge - Bestandsaufnahme und Kritik. Die Texte beschreiben den behördlichen Umgang mit der Residenzpflicht und die alltäglichen Auswirkungen für die Betroffenen, aber auch ihre juristischen und politischen Hintergründe. Fallbeispiele und Informationen aus erster Hand sollen dazu beitragen, die in weiten Teilen der Öffentlichkeit verbreitete Ahnungslosigkeit über die Lebensbedingungen Asylsuchender in Deutschland abzubauen.

Durch eine vielschichtige Darstellung wird die Residenzpflicht nicht nur als Problem der Betroffenen thematisiert: Wie wirkt es sich auf die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft aus, wenn einer Gruppe von Menschen elementare Grundrechte verweigert werden? Wie wirkungsvoll ist das staatliche Engagement gegen Intoleranz und rassistische Gewalt, wenn die davon Betroffenen per Gesetz ausgegrenzt und stigmatisiert werden?

Die Interviews und Reportagen von Beate Selders machen deutlich, dass die 'Residenzpflicht' eine Menschenrechtsverletzung ist. Sie zu beenden, liegt nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch im Interesse einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

Eigenverlag, Berlin 2009, ISBN: 978-3-930416-25-7, Preis: 5.- Euro. Bestellbar unter www.humanistische-union.de - "Online-Shop".

Infoblatt zum Widerruf in verschiedenen Sprachen

Das Infoblatt zum Widerrufsverfahren des FR Meck-Pomm. ist nun auch in französischer, englischer und türkischer Sprache erschienen. Unter [Beratungspraxis](#).

16. Termine

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

11.07.2009

07.11.2009

Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:

18.-20.09.2009

Weitere Termine in Baden-Württemberg:

30.04.2009, Tübingen, Asylzentrum: Dr. Thomas Soeder (Refugio Stuttgart): Empathie und Abgrenzung - Konfliktbearbeitung bei traumatisierten Menschen. Weitere Infos: Asylzentrum, Tel. 07071 44115.

Theater Freiburg, bis Mai 09: "Theater.Illegal". In dem Stück werden Texte von Björn Bicker vorgestellt, die aus Recherchen über das Leben von Menschen in der Illegalität hervorgegangen sind. Gleichzeitig werden im Verlauf des Abends Informationen über die bundesweite Save-Me-Kampagne weitergegeben sowie in einem anschließenden Publikumsgespräch Fragen zur Flüchtlings- und Resettlementpolitik beantwortet und diskutiert.

Die nächsten Termine sind:

3.05.09, 13.05.09, jeweils 20.30 Uhr

Weitere Informationen zum Stück finden Sie unter <http://www.theater.freiburg.de/index/TheaterFreiburg/Start.html?SpId=19546>

Bis 3. Mai, Kernen im Remstal, Ev. Dorfkirche: [Ausstellung "Schau mich an"](#):

19.05.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Das Staatsangehörigkeitsrecht.

2. Abend einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Arbeitsmigration (18.06.), Familiennachzug (9.07.), Asylrecht (6.08.), Rechte türkischer Staatsangehöriger (17.09.), Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

10.06.2009, Nürtingen, Laurentius-Gemeindehaus: Henryk M. Broder: Wieviel Toleranz verträgt unsere Gesellschaft? In Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Asyl im Kirchenbezirk Nürtingen, dem AK Asyl sowie der VHS Nürtingen. Kostenbeitrag: 5 Euro.

02.07.2009, 19:00, Heidelberg, IFZ, Theaterstraße 16: Der Blick auf das Fremde.

Yvonne Adam und Magdalena Stülb, Ethnologinnen der Arbeitsgruppe Medizinethnologie & Interkulturelle Kommunikation AMIKO, sehen ihre Aufgabe in der Vermittlung zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Orientierungen. Im Fokus der Arbeit steht dabei die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Frauen- und Familienzentrum werden sie einen "Blick auf das Fremde" und auf uns selbst werfen.

Sonstige Termine, bundesweit:

15.-17.05.2009, Berlin: Fachtagung gegen Abschiebehaft. [Weitere Infos.](#)

20.06.2009 Weltflüchtlingstag

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2009: Tag der Menschenrechte